Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

105 (6.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belagblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10161.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 105 — Freitag, den 6. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Alle politischen Verbände, die militärähnlich organisiert sind, oder sich so betätigen, sind durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten der Kontrolle des Reichsministers des Innern unterstellt worden.

*

Durch eine zweite Verordnung des Reichspräsidenten sind die kommunistischen Gottlosen-Organisationen mit sofortiger Wirkung für das gesamte Reichsgebiet aufgelöst worden.

*

Der Reichsrat verabschiedete am Mittwoch das Schuldentilgungsgesetz, das die Grundlage der politischen Aussprache im Reichstag in nächster Woche bilden soll. Das Gesetz regelt eine Reihe von Fragen, die mit dem Schuldenwesen des Reichs zusammenhängen.

*

In Moskau ist ein Nichtangriffspakt zwischen Estland und der Sowjetunion unterzeichnet worden.

*

Die beabsichtigte Einsetzung eines Koordinationsausschusses auf der Abrüstungskonferenz, der die Vorschläge und Berichte der einzelnen Ausschüsse zusammenfassen soll, bedeutet einen neuen Versuch, die Wiederaufnahme der sachlichen entscheidenden Beratungen der Abrüstungskonferenz hinauszuschieben.

*

In einem Presse-Interview erklärte der ehemalige Ministerpräsident Poincare im Zusammenhang mit den französischen Wahlen, daß der Krieg noch nicht beendet sei und man daher nicht das Recht habe, sich untereinander zu bekämpfen.

*

Auf einem Frühstück des ausländischen Presseverbandes führte Lloyd Georges aus, daß Briand und er vor zehn Jahren die Streichung der Reparationen und Kriegsschulden vorgeschlagen hätten; dieser Vorschlag sei aber mit eiskalter Verachtung aufgenommen worden.

*

Macdonalds zweite Augenoperation ist glücklich verlaufen.

*

Ein Wirbelsturm im östlichen Bengalen (Indien) hat bisher 20 Tote und über 100 Verwundete gefordert.

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers

Wie nunmehr feststeht, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten von dem Rücktrittsgesuch des Reichswirtschaftsministers Professor Warmbold Kenntnis gegeben. Nach Lage der Dinge wird sich an der Tatsache des Rücktritts Warmbolds nichts mehr ändern. Die Ernennung eines Nachfolgers für Professor Warmbold steht bevor, voraussichtlich Staatssekretär Trendelenburg.

Die Blätter beschäftigen sich sehr ausführlich mit dem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold und erörtern die Frage, ob sich aus diesem Rücktritt irgendwelche politischen Auswirkungen für die Erhaltung des Gesamtkabinetts ergeben werden. Hinsichtlich der Nachfolge für Dr. Warmbold wird fast allgemein der Name des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler genannt. Die Gründe für den Rücktritt des Wirtschaftsministers sieht man darin, daß zwischen Dr. Warmbold und den übrigen Ministern, insbesondere dem Arbeitsminister Dr. Stegerwald, **Meinungsverschiedenheiten über die Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Arbeitsbeschaffung bestehen.** Der „Berliner Lokalanzeiger" will wissen, daß außerdem auch noch Differenzen zwischen Dr. Warmbold und dem Finanzminister Dr. Dietrich über die Auswirkungen der letzten Notverordnungen auf die Wirtschaft Anlaß für den Rücktritt des Wirtschaftsministers gewesen sind. „Vossische Zeitung", „Berliner Tageblatt" und „Börsencourier" betonen, ebenso wie die „Germania", daß das Ausscheiden Warmbolds keine Aenderung der politischen Linie des Reichskabinetts bedeutet. Darüber hinaus unterstreichen die genannten Blätter unter Hinweis auf einen Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten erneut die Tatsache, daß alle Krisengerüchte, die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit dem Namen des Ministers Gröner aufgetaucht sind, völlig gegenstandslos sind. In einem gewissen Gegensatz dazu steht die „D.A.Z.", die meint, daß man den Rücktritt des Reichswirtschaftsministers keinesfalls mehr als einen einfachen Personenwechsel betrachten und behandeln könne. Die Frage, vor die die gesamte deutsche Politik gestellt sei, sei die Frage der Loslösung von der Sozialdemokratie. Nachdem die Weimarer Koalition durch die Niederlage Brauns erledigt sei, sei auch im Reich die Lage gänzlich verändert. Auch die „Germania" weist darauf hin, daß über die Lösung der aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen schon seit geraumer Zeit Gegensätze im Reichskabinett bestanden hätten. Es ist ausgeschlossen, fügt das Blatt jedoch hinzu, daß diese partielle Krise des Reichswirtschaftsministeriums, die lediglich in sachlichen Ressortdifferenzen begründet liegt, weitergehende politische Folgen haben könnte. Die Arbeiten des Kabinetts, die uns über wichtige gesetzgeberische Maßnahmen und parlamentarische Entscheidungen sehr schnell nach Lausanne führen, vertragen keine Unterbrechung und keine Störung.

Reichswirtschaftsminister Warmbold

*

Warmbolds Rücktrittsgesuch angenommen, Trendelenburg mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut.

T.U. **Berlin,** 6. Mai. Der Reichspräsident hat am Freitag vormittag das Rücktrittsgesuch des Reichswirtschaftsministers Professor Warmbold angenommen und auf Vorschlag des Reichskanzlers den Staatssekretär Trendelenburg mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers betraut.

Zwei neue Notverordnungen

Berlin, 4. Mai. Im Anschluß an die Notverordnung, die das Verbot der SA. enthielt, ist jetzt eine „zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität" ergangen. Das Dokument trägt das Datum des 3. Mai 1932. Sie sucht eine **Gleichstellung aller politischen Wehrverbände herbeizuführen,** und zwar geht die Maßnahme auf den Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister Gröner zurück, in dem um die Prüfung des Materials auch der anderen Wehrverbände ersucht wurde.

Die neue Notverordnung, die als Ergänzung aufzufassen ist, wirft natürlich die Frage auf, **ob es der NSDAP. jetzt möglich ist, die aufgelösten Organisationen in veränderter Form wieder ins Leben zu rufen.** Hierzu erfahren wir von zuständiger Seite, daß die neue Notverordnung an sich **kein neues Recht für solche Verbände schaffe,** die früher aufgelöst wurden, wohl aber können neue Organisationen unter der Voraussetzung gegründet werden, daß sie keine Fortsetzung oder keinen Ersatz für aufgelöste Organisationen darstellen.

Der Zweck der Verordnung wird dahin abgegrenzt, daß die **Autorität des Staates gegenüber den politischen Verbänden gestärkt und durchgesetzt werden soll.** Es werden noch Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung ergehen, die sich im einzelnen vor allem darüber auslassen werden, welche Satzungen militärähnliche Verbände konstituieren.

Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität

Berlin, 4. Mai. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

1. **Politische Verbände, die militärähnlich organisiert sind** oder sich so betätigen, und ihre Unterverbände sind verpflichtet, dem Reichsminister des Innern auf Verlangen ihre **Satzungen zur Prüfung vorzulegen.** Sie haben ferner dem Reichsminister des Innern jede beabsichtigte Satzungsänderung, soweit sie ihre Organisation oder ihre Tätigkeit betrifft, unverzüglich anzuzeigen.

2. Die im Absatz 1 genannten Verbände sind verpflichtet, unverzüglich **jede Satzungsbestimmung zu ändern oder zu streichen** und jede Bestimmung in die Satzung **neu aufzunehmen,** soweit dies der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält; dies gilt insbesondere für Bestimmungen über die Organisation und Tätigkeit der Verbände.

§ 2.

1. Verbände, die einer Verpflichtung aus Paragraph 1 nicht nachkommen oder einer auf Verlangen des Reichsministers des Innern geänderten oder neu aufgenommenen Satzungsbestimmung zuwiderhandeln, können vom Reichsminister des Innern mit Wirkung für das Reichsgebiet **aufgelöst werden.**

2. Gegen die Anordnung der Auflösung ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung die **Beschwerde zulässig,** die bei dem Reichsminister des Innern einzureichen ist; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet der zuständige Senat des **Reichsgerichtes** in den hierfür bereits geregelten Verfahren.

§ 3.

1. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

2. Die zur Durchführung der Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern. Er bestimmt, welche Verbände als militärische politische Verbände im Sinne dieser Verordnung anzusehen sind.

*

Verordnung über die Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisationen

Berlin, 4. Mai. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

Die internationalen proletarischen Freidenker (Sitz der Exekutive Berlin) und die ihr nachgeordneten oder angeschlossenen kommunistischen Freidenkerorganisationen, insbesondere der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands, einschließlich der proletarischen Freidenkerjugend, der Freidenkerpioniere und der Frauenkommissionen sowie die Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker werden mit allen dazu gehörigen Einrichtungen, einschließlich der Verlagsbetriebe, für das Reichsgebiet mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2.

1. Wer sich an einer Organisation, die nach Paragraph 1 aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt, oder den von der Organisation erstrebten Zweck durch Herstellen, Einführen, Verbreiten oder Vorrätighalten von Druckschriften weiter verfolgt oder die Organisation auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die zur Begehung des in Absatz 1 bezeichneten Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

5. Die Beschlagnahme der in Absatz 1 bezeichneten Druckschriften ist ohne richterliche Anordnung zulässig. Die Vorschriften der Paragraphen 24 bis 28 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzblatt Seite 65) finden Anwendung.

§ 3.

1. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung, Paragraph 2 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündigung in Kraft.

2. Die zur Durchführung der Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

*

Stimmen zu den neuen Notverordnungen

„Vossische Zeitung" und „Berliner Tageblatt" betonen bezüglich der Verordnung über die Wehrverbände, daß die Arbeit des Reichsbanners dadurch nicht berührt werde.

Die „Börsen-Zeitung" schreibt, SA. bleibt verboten, das Reichsbanner erlaubt. Die Regierung Brüning hat wieder einmal vor den Sozialdemokraten rettungslos kapituliert.

Der „Lokal-Anzeiger" kritisiert ebenfalls, daß die SA.-Organisationen durch die Verordnung benachteiligt seien.

Der „Angriff" stellt fest, daß die Linke insofern einen Sieg errungen habe, als trotz der Fülle des vorliegenden Materials das Reichsbanner nicht verboten worden sei, während man mit dem sehr rigoros durchgeführten SA.-Verbot sehr schnell bei der Hand war.

Die „Kreuz-Zeitung" führt aus, für den Stahlhelm kann die Verordnung nicht in Frage kommen, da die Voraussetzungen fehlen.

Die Begründung der **Notverordnung über die Gottlosenverbände** wird vom „Berliner Tageblatt" widerspruchsvoll genannt.

Der „Börsen-Courier" sagt dagegen, das Verbot der kommunistischen Gottlosenverbände, die sich in Deutschland nach bolschewistischem Muster gebildet haben, soll der revolutionären Unterminierung einen Damm entgegensetzen. — Die „Tägliche Rundschau" begrüßt die Verordnung, die endlich den Anregungen der Volksdienstabgeordneten folge. — Der „Lokal-Anzeiger" meint, das Verbot hätte schon längst erfolgen müssen. — Der „Angriff" hält es für wenig bedeutungsvoll, in Anbetracht dessen, daß die sozialdemokratischen Vereinigungen dieser Art unbehelligt bleiben.

Kabinettsberatungen in Wien

T.U. **Wien,** 4. Mai. Das österreichische Kabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit laufenden Angelegenheiten. Es wurde festgestellt, daß die Minister auf dem Boden der Erklärung stehen, die der Kanzler im Verfassungsausschuß abgegeben hat. Es wird dazu hervorgehoben, daß das Kabinett Neuwahlen zu vermeiden wünsche, da der Sommer für solche ungünstig sei. Außerdem seien nach einem Auflösungsbeschluß die wichtigen finanziellen Maßnahmen, die über den Nothaushalt hinaus noch zu treffen seien, nur schwer durchzuführen. Ebenso lägen die Verhältnisse bei den anderen Staatsnotwendigkeiten besonders auf dem wichtigen handelspolitischen Gebiet. Beschlüsse wurden in der Ministerbesprechung nicht gefaßt.

Der Bundeskanzler hat auch dem Bundespräsidenten über die Entwicklung der Lage Bericht erstattet. Wie verlautet, ist in der Ministerbesprechung sehr eingehend die Frage einer Kabinettsumbildung behandelt worden. Gerüchtweise heißt es, daß auf den Posten des Vizekanzlers ein Mann der Christlich-Sozialen Rechten berufen werden soll. Eine Regierung in dieser Zusammensetzung könnte mit ihren Parteien die Auflösung des Nationalrates verhindern, auch wenn weiter die Großdeutschen und Sozialdemokraten darauf bestehen sollten. Diese Regierung hätte aber nur eine Mehrheit von einer Stimme.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die memelländischen Landtagswahlen

Der großlitauische Angriff völlig gescheitert

Memel, 5. Mai. Es lagen Donnerstag mittag von insgesamt 209 ländlichen Bezirken 186 Ergebnisse und das Ergebnis aus der Stadt Memel selbst vor. Danach haben erhalten:

Memelländische Volkspartei 17 615 (1930: 13 799) Stimmen
Memelländische Landwirtschaftspartei 22 819 (15 810)
Sozialdemokraten 4929 (6880)
Arbeiterpartei 5271 (2062)
Borchertaspartei (Großlitauer) 4509 (6856)
Uebrige großlitauische Listen 6868 (1961)
Verband der Landwirtschaft (Adomeit-Rassawitz) 232 (0).

Zur Erlangung eines Mandats dürften etwa 2100 Stimmen (im Jahre 1930: 1715) notwendig sein. Die **Memelländische Volkspartei** erhält also bestimmt 8 (bisher 8) Sitze, die **Landwirtschaftspartei** wird mit 10 (10) Sitzen wieder die stärkste Partei im Landtage sein, wahrscheinlich wird sie sogar 11 Sitze erhalten. **Die Memelländische Volkspartei und die Landwirtschaftspartei werden also mit bestimmt 18, wahrscheinlich aber 19 Sitzen, wieder die Mehrheit im Landtage bilden; im alten Landtag verfügten sie zusammen über 18 Sitze.**

Zu dem Wahlergebnis bemerkt das Memeler „Dampfboot": Die Wahlen sind **ein großes gewaltiges und erhebendes Bekenntnis der Memelländer für die Autonomie des Memelgebiets und für die memelländische Heimat geworden. Der großlitauische mit Gewalttätigkeiten aller Art und in einem bisher nicht gekannten Ausmaß an Agitation geführte Generalangriff ist auf allen Fronten siegreich abgeschlagen worden. Das Ergebnis muß als ein ganz überwältigender Erfolg der Mehrheitsparteien betrachtet werden.** Sehr stark ist der **Rückgang der Borchertaslisten** (Großlitauer), die trotz der starken Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten und der außerordentlich starken Wahlbeteiligung von 6856 Stimmen auf 4509 Stimmen zurückgegangen sind. Dieser Verlust der Borchertaslisten wird mehr als wettgemacht durch die Zunahme der Listen der großlitauischen Angestellten und Arbeiter — was in der Hauptsache auf die Masseneinbürgerungen zurückzuführen ist — die von 1961 Stimmen bei den letzten Wahlen auf 6868 Stimmen gestiegen sind. Der großlitauisch eingestellten Splitterliste Adomeit-Rassawitz ist die verdiente Schlappe zuteilgeworden. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark, sie betrug in vielen Orten praktisch 100 Prozent.

*

Niederschmetternder Eindruck in Litauen

Kowno, 5. Mai. Der Eindruck, den der Ausfall der Memelwahlen in sämtlichen litauischen Kreisen hervorgerufen hat, ist niederschmetternd. Mit einer Stimmenzunahme der bisherigen Mehrheitsparteien des memelländischen Landtags rechnete man selbst in pessimistischen Kreisen nicht. Die Mehrheitsparteien werden in ihrer Stellung im memelländischen Landtag nicht nur nicht erschüttert, sondern dürften mit etwa 2 bis 3 Mandaten gestärkt in den neuen Landtag einziehen. Der litauische Block könne froh sein, wenn er seine bisherige Mandatszahl halte oder höchstens um ein Mandat vermehre. Die Einbürgerung von Großlitauern habe sich nicht in dem erwarteten Sinne ausgewirkt.

*

Bestürzung in Kowno. — Die Folgen der litauischen Wahlniederlage im Memelgebiet.

T.U. **Kowno**, 5. Mai. Das memelländische Wahlergebnis hat in Kownoer politischen Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Den Ursachen der selbst für die stärksten Pessimisten überraschend gekommenen Niederlage steht man in Regierungskreisen vorläufig noch völlig ratlos gegenüber. Wie verlautet, wird das Kabinett noch am Donnerstag beim Staatspräsidenten zu einer Sitzung zusammentreten, um über die Lage zu beraten. Der Ausgang der Wahl, der als ein völliger Zusammenbruch der bisherigen Memelland-Politik der Regierung bezeichnet wird, dürfte, so glaube man in politischen Kreisen, ohne Zweifel schwerwiegende innenpolitische Folgen haben und wahrscheinlich auch Personalveränderungen im Kabinett und eine Abberufung des Gouverneurs Merkys nach sich ziehen. Allem Anschein nach denkt man auch daran, unter Umständen die Wahl für ungültig zu erklären, da in Kowno behauptet wird, es hätten 76 Reichsdeutsche (?) bei der Wahl mitgestimmt.

*

Memel — ein deutsches Land! — Der Eindruck in Berlin.

T.U. **Berlin**, 5. Mai. **Der Wahlsieg der Memelländer hat in Berliner politischen Kreisen unverhohlene Befriedigung ausgelöst. Es wird darauf hingewiesen, daß die Memelländer unzweideutig bekundet hätten, daß das Memelgebiet ein deutsches Land ist und daß seine Bevölkerung deutsch fühlt und deutsch denkt. Die litauischen Gewalt- und Terrormaßnahmen hätten gerade das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war, nämlich eine Stärkung des Deutschtums und eine bis zur Selbstauflösung gehende Schwächung der litauischen Partei. Die Niederlage der Litauer sei um so vernichterender, als selbst die widerrechtlichen Einbürgerungen nicht vermocht hätten, die bisherige Zahl der litauischen Landtagsmandate zu erhöhen. Die Reichsregierung erwartet nunmehr, daß die Unterzeichnermächte des Memelabkommens mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die litauische Regierung den so überwältigenden zum Ausdruck gekommenen Volkswillen respektiert und daß alle Gewaltmaßnahmen schnellstens wieder rückgängig gemacht werden.**

Die Abschnürung Ostpreußens von der Weichsel

Während sonst dort, wo ein Fluß die Grenze bildet, letztere in der Mitte der Fahrrinne verläuft, befindet sie sich zwischen Ostpreußen und Polen nicht in der Mitte der Fahrrinne, sondern auf dem rechten (also ostpreußischen) Ufer der Weichsel. „Normalerweise" verläuft sie am Fuß des Deiches, etwa 20 Meter von der Deichkrone entfernt, zwischen dem Deich und dem Fluß: **Die Weichsel ist also nicht der Grenzstrom zwischen Ostpreußen und Polen, sondern ein polnisches Binnengewässer, zu dem man, wie wir gleich sehen werden, keinen Zutritt hat!**

Von diesem „normalen" Verlauf weicht die Grenze jedoch an den Punkten, die wirtschaftlich oder politisch von Bedeutung für Polen sind oder werden können, ab: siebenmal springt die Grenze nach Osten über, siebenmal zerschneidet sie auf diese Weise den Deich (dessen einheitliche Ueberwachung und Unterhaltung auf diese Weise unmöglich wird) und bildet so drei Brückenköpfe auf dem rechten Ufer.

1. Gebiet der fünf Dörfer

Gegenüber der alten deutschen Ordensstadt Mewe gelegen, umfaßt es die Dörfer Kleinfelde, Kramershof, Neuliebenau, Außendeich und Johannisdorf. In zwei dieser Dörfer ergab die Volksabstimmung eine Mehrheit an polnischen Stimmen; in zwei eine Mehrheit an deutschen Stimmen; im fünften Dorf war Stimmengleichheit! Dennoch wurden alle fünf Dörfer zu Polen geschlagen. Während die Bewohner dieses Gebietes die gleiche Landwirtschaft treiben, wie sie rings herum die deutsch gebliebenen Besitzer treiben, fehlt ihnen nach Westen hin jegliche unmittelbare Verbindung mit ihrem neuen Mutterlande Polen: bei Hochwasser, bei Eisgang, wenn der Fährbetrieb unterbrochen ist, sind die Bewohner dieses Gebietes auf die Betreuung durch den preußischen Landrat angewiesen, der sich ihrer auf Ersuchen des polnischen Starosten jederzeit gern annimmt; in solchen Notzeiten haben diese armen Bewohner Post- und Lebensmittelpakete auch schon durch polnische Flugzeuge zugestellt erhalten müssen!

2. Hafen bei Kurzebrack, westlich von Marienwerder

Das Versailler Friedensdiktat sah für den Fall einer für Deutschland ungünstigen Abstimmung einen ungehinderten „Zutritt" für die ostpreußische Bevölkerung zur Weichsel vor: also etwa die Möglichkeit des Passierens polnisch gewordenen Gebietes oder dergl. Infolge der überwältigend (98 Prozent) deutschen Abstimmung hätte dementsprechend das ganze rechte Weichselufer bei Deutschland verbleiben müssen. Statt dessen ist ein sogenannter „Zugang" bei Kurzebrack vorgetäuscht worden.

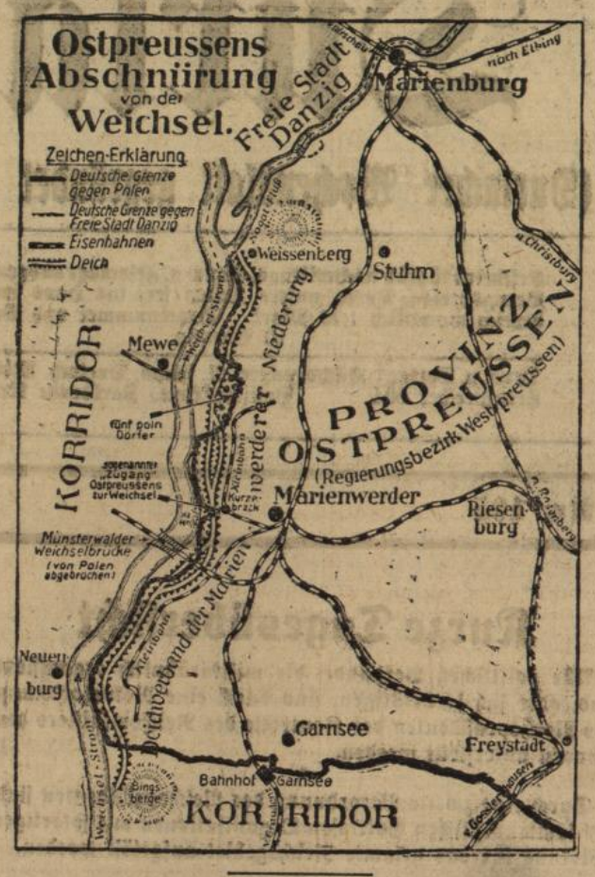
Das Betreten des Hafengebietes, insbesondere des Deiches (Quai) ist nur mit Hilfe eines Einreisevisums nach Polen zulässig! Die vier Meter breite Fahrstraße dorthin versperrt ein Schlagbaum; die Kleinbahnverbindung ist zerschnitten, deutsche Schiffe dürfen den Hafen nur im Falle von Schiffsnot benutzen. Schiffe des Binnendurchgangsverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich dürfen weder Waren ein- und ausladen noch Reisende an oder von Bord gehen lassen. Deutsche Schiffe können am sogenannten „Zugang" Ostpreußens zur Weichsel weder dem Personen- noch dem Warenverkehr dienen. Da auch ein deutsch-polnischer Wechselverkehr nicht besteht, ist der Hafen für Deutschland völlig wertlos und der Zugang zur Weichsel praktisch nicht vorhanden. Mit diesen Verhältnissen sollte sich jeder Deutsche durch einen Augenschein vertraut machen.

3. Brückenkopf bei Neuhöfen

Drei Kilometer südlich von Kurzebrack teilt sich der Deich und die Grenze springt zu dem weit östlich ins Land einbiegenden Deich über. Damit wird das zwischen beiden Deichen gelegene Wiesengelände polnisch: die dort liegenden Grundstücke deutscher Besitzer werden zerschnitten.

An jener Stelle überquerte die Eisenbahnlinie Marienwerder—Schmentau (an der Linie Dirschau—Bromberg gelegen) mit Hilfe einer 1058 Meter langen Eisenbahn- und Chausseebrücke den Weichselstrom. Diese Brücke ist in den Jahren 1928 bis 1930 von den Polen abgebrochen worden.

(Nähere Auskunft über die brennenden Fragen der Grenzziehung und des Korridor-Problems erteilt kostenlos die Arbeitsgemeinschaft für Grenzlandarbeit in Westpreußen, Marienwerder Wpr., Poststraße.)



Danzig und Polen

Der Danziger Senat gegen die Auslieferung der Zollverwaltung an Polen

Danzig, 4. Mai. Die Pressestelle des Senates meldet u. a.: Der Senat der Freien Stadt Danzig hat am 2. Mai dem Hohen Kommissar des Völkerbundes seine **Antwort auf den polnischen Antrag auf Auslieferung der Danziger Zollverwaltung an Polen zugehen lassen.** Der polnische Antrag ist rechtlich unzulässig und sachlich unbegründet. Rechtlich steht er im Widerspruch zu den Verträgen von Versailles und Paris, nach denen zwar das polnische Zollrecht und der polnische Zolltarif in Danzig gelten, die Verwaltung aber in der Hand der Freien Stadt Danzig bleiben sollte. Sachlich versucht die polnische Regierung die Wiederaufnahme ihrer alten Forderung mit dem Vorwurf zu begründen, daß die Danziger Zollverwaltung die Einheit des Zollrechtes und des Zollgebietes der Danzig-polnischen Zollunion störe. Danzig hat seine Pflichten auf dem Gebiete des Zollwesens mit unerwiderter Loyalität erfüllt. Es ist der polnischen Regierung in zehnjährigem Bestehen des Zollvereins nicht gelungen, auch nur einen einzigen Fall des „Ungehorsams" gegen das für Danzig verbindliche polnische Zollrecht aufzudecken.

Die Herstellung der Einheit des Zollrechtes und der Einheit des Zollgebietes ist auch **nicht das wirkliche Ziel des neuen polnischen Antrages.** Diese Einheit hat Polen selbst immer wieder durch vielfältige Form der Benachteiligung der Danziger Wirtschaft gestört. Die polnische Gesetzgebung ist in den letzten Jahren in Wirklichkeit zu einer Hauptwaffe gegen Danzig geworden.

Deutschland fordert Abschaffung der U-Boote

Genf, 4. Mai. Im Flottenausschuß der Abrüstungskonferenz erhob der deutsche Vertreter Freiherr von Rheinbaben scharfen **Einspruch gegen den schleppenden Gang der Ausschußarbeiten.** Nach dem der deutsche Delegierte mit beißender Ironie darauf hingewiesen hatte, daß in den letzten Tagen im Ausschuß der „harmlose Charakter der Linienschiffe und der Flugzeugträger" dargelegt worden sei, **forderte er die Abschaffung der U-Boote unter dem Hinweis auf den Versailler Vertrag**, der Deutschland diese Waffe wegen ihres ausgesprochenen gefährlichen Charakters verboten habe.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[1

Erstes Kapitel.

Es war kurz nach Mitternacht, als Charlie Hickson geräuschlos die Haustür aufschloß: in einem unscheinbaren Hause in Whitechapel, dem Londoner Verbrecherviertel. Er hatte seine Geliebte hier untergebracht, die kleine Ellinor Grey.

Sicher und geschmeidig wie eine Katze huschte er im Schein einer Taschenlampe lautlos das dunkle Treppenhaus empor. Man sah es diesem lautlosen Gleiten, diesen zielsicheren Hantierungen mit der Taschenlampe an, daß es dem Eindringling gewohnte Bewegungen waren. Auch dann, als er oben stand und geräuschlos die Korridortür öffnete, sah man, daß er Praxis in solchen Dingen besaß. Gleich darauf war er in Ellinors Wohnung verschwunden.

Er tastete sich in Ellinors Schlafzimmer, zündete die kleine Nachttischlampe an und stand stumm vor dem Bett der Schlafenden. Lange und aufmerksam betrachtete er sie, und flüchtig erschien ein weher Zug auf seinem hageren, glattrasierten Gesicht, auf dem die Spuren eines verwegenen Lebens schon leise angedeutet waren, obschon die ganze äußere Erscheinung des Mannes nicht das Aussehen eines Gentlemans vermissen ließ.

Ein kurzes Aufatmen, dann war die wehmütige Regung vorüber; er durfte es sich nicht leisten, sentimental zu sein.

Er liebte dieses Mädchen, das mit halbgeöffneten Lippen und glückseligem Gesichtsausdruck schlummernd vor ihm lag. Keine Frau zuvor hatte ihn je so stark gefesselt wie dieses Geschöpf, das er aufgelesen hatte, halb verhungert, am Themseufer. In jener Winternacht, in der die glücklichen, behüteten Menschen Weihnachten zu feiern pflegten

Jenes Fest, das die Sorglosen das Fest der Liebe nannten und an dem sich die Armen noch eindringlicher ihres Elends bewußt wurden als sonst. Und das die Leute aus der Unterwelt besonders gern zu jenen Taten benutzen, die sie bereichern oder die sie wieder einmal hinter die Mauern von Newgate brachten.

Charlie Hickson schauderte, als er bei diesem Gedanken angekommen war. Nein! Er wollte nichts zu tun haben mit Gefängnismauern. Lange genug hatte er in Sing-Sing gesessen, und er hatte Amerika den Rücken gekehrt, um sein Heil in London zu suchen, wo er viele und gute Freunde besaß und wo der Boden wohlvorbereitet war.

Ein neues Leben hatte er angefangen, unter einem angenommenen Namen, und niemand hatte in dem Kaufmann Charlie Hickson, der in High Holborn seinen kleinen Laden betrieb, einen der berüchtigsten amerikanischen Unterweltsführer vermutet.

Drei Jahre weilte er jetzt schon in der Themsestadt, und kein Verdacht war je auf ihn gefallen, obwohl er und seine Bande inzwischen schon einige hübsche Dinge gedreht hatten. Aber — die Kerle waren schweigsam wie das Grab und geschickt genug, die von Scotland Yard immer wieder in die Irre zu führen.

Noch immer stand Charlie Hickson mit seinen amerikanischen Kumpanen in Verbindung, und es war selbstverständlich, daß ein eifriger Warenaustausch stattfand zwischen der Alten und der Neuen Welt. Unter der Devise harmloser Lebensmittel wurden jene kostbaren Juwelen nach Amerika geschmuggelt, die die Schaufenster der großen Londoner Juweliere oder den Hals einer vornehmen Lady geziert hatten.

Nicht umsonst nannte man Charlie Hickson „the Fox". Er war so schlau und so gewandt wie ein Fuchs, und er war stolz, als König der Londoner Diebe zu gelten. Er scheute vor nichts zurück; brutal und rücksichtslos pflegte er auf das Ziel zuzugehen, das er sich gesetzt hatte.

Und jetzt — jetzt stand er fast hilflos vor dieser schlafenden Frau, scheute er sich, das zu tun, was doch getan werden mußte.

Alles stand auf dem Spiel! Es blieb einfach nichts anderes übrig, als Ellinor zu opfern.

Sein scharfes Auge sog sich nochmals an dem Mädchenantlitz fest. Schön war sie nicht, seine kleine Geliebte. Ihr fehlte jene Süße, die er sonst an Frauen geliebt hatte; eine gewisse Herbheit lag immer auf ihren Zügen, und ihre scharfgeschnittene Nase verlieh ihr einen fast männlichen Zug. Aber sie war trotzdem ein reizvolles Geschöpf, das ihn immer wieder in seinen Bann zog.

Charlie beugte sich nieder, küßte den Mund der Schlafenden.

Ein tiefer Seufzer kam von den halbgeöffneten Lippen.

„Nelli!" rief der Mann.

Schlaftrunken blinzelte das Mädchen, und ein zärtliches Lächeln huschte über ihr Gesicht.

Sie flüsterte:

„Oh, Charlie, my boy!"

„Nelli, wach' auf!"

„Ja, Charlie, ich höre dich, Lieber..."

Noch halb im Schlaf schlang sie ihre Arme um seinen Hals. Dann richtete sie sich, noch mit der Müdigkeit kämpfend, in die Höhe.

„Oh, wie bist du naß, Charlie! Warum ziehst du denn deinen Mantel nicht aus?"

Zwei schöne, hellblaue Augen, die gar nicht zu den tiefschwarzen Haaren passen wollten, sahen den Mann jetzt fragend an.

„Ich habe Wichtiges mit dir zu reden, Nelli!" sagte der Mann, und seine Stimme klang seltsam schroff.

„Oh — jetzt? Mitten in der Nacht? Und ich bin so müde..."

Ellinor sagte es gleichgültig, gähnte laut und machte Miene, sich in die Kissen zurückfallen zu lassen.

Mit einem Ruck erfaßte der Mann ihre Arme und zog sie energisch in die Höhe.

„Aber, Charlie, laß doch! Du tust mir ja weh!"

„Laß jetzt deine Albernheiten und höre genau auf das, was ich dir zu sagen habe."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg